

Interpellation Die Mitte-EVP-Fraktion:**«Menschenhandel und Prostitution – sind Polizei und Staatsanwaltschaft noch Herr der Lage?**

Der Fall «Daisy» zeigt die Schwächen unseres Rechtssystems auf: Ein vorbestrafter Mann, der ein minderjähriges Mädchen und andere Frauen zur Prostitution gezwungen hat, wird sehr milde bestraft. Der 28-jähriger Zuhälter, der unter anderem ein Kind zur Prostitution gezwungen hat (zehn Freier in drei Tagen), erhält lediglich eine Busse von 300 Franken – eine Freiheitsstrafe wurde wiederum bedingt ausgesprochen. Dies sendet ein fatales Signal an Täter und Opfer.

Die Polizei gibt an, die Problematik mit der aktuellen Gesetzeslage nicht mehr bewältigen zu können. Gleichzeitig stellt die Staatsanwaltschaft unverständlich milde Strafbefehle aus. Die Schweiz hat die Istanbul-Konvention 2017 ratifiziert. Sie verpflichtet sich damit, Massnahmen gegen Gewalt an Frauen und häusliche Gewalt umzusetzen. Im April 2022 wurde der erste Nationale Aktionsplan zur Umsetzung der Konvention verabschiedet. Er umfasst 44 Massnahmen zur Prävention, zum Schutz der Betroffenen und zur Strafverfolgung. Besondere Schwerpunkte sind der Ausbau von Frauenhäusern, Schulungen für Polizei und Justiz, Sensibilisierungskampagnen sowie eine bessere Unterstützung vulnerabler Gruppen. Für eine wirksame Umsetzung sind jedoch verstärkte finanzielle und strukturelle Anstrengungen notwendig. Dies wurde auch in einem Auftrag vom 27. November 2023 vom Kantonsrat bestätigt. Die Regierung muss aufzeigen, welche finanziellen Auswirkungen verstärkte Massnahmen gegen häusliche Gewalt, Sexualdelikte und Menschenhandel haben. Schwerpunkte sind Prävention, Kontrolle, Strafverfolgung und Opferhilfe.

Wir bitten die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche Ergebnisse und Erfolge konnten nach zwei Jahren Umsetzung des Massnahmenpakets des Nationalen Aktionsplans der Schweiz zur Istanbul-Konvention 2022–2026 im Kanton St.Gallen verzeichnet werden?
2. Welches Untersuchungsamt ist für die Fallbearbeitung im Bereich Menschenhandel und häusliche Gewalt zuständig, wie werden Staatsanwältinnen und Staatsanwälte dafür ausgebildet und was ist der Grund für die milden Bestrafungen in diesem sensiblen Bereich?
3. Was unternimmt der Kanton, um die Schulung von Polizei, Justiz und Gesundheitsberufe zu verbessern?
4. Existiert bei den Strafverfolgungsbehörden eine Fachstelle für Menschenhandel, häusliche Gewalt und Sexualdelikte?
5. Was unternimmt der Kanton, um Frauen im Sexgewerbe besser zu schützen?
6. Welche Anpassungen im Polizeigesetz sind erforderlich, damit die Polizei wirkungsvoll arbeiten und Kontrollen in Wohnungsbordellen wieder durchführen kann?»

10. März 2025

Die Mitte-EVP-Fraktion